

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abonnementpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Adresszeile 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945.
Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 101 | Montag, den 2. Mai 1921 | 12. Jahrgang

Frankreich für äußerste Gewaltanwendung.

Die Londoner Reparationskonferenz.

Paris, 1. Mai. Ein Sonderberichterstatter meldet aus London über die gestrige erste Sitzung des Obersten Rates, die 4 1/2 Stunden gedauert hat: Der französische Ministerpräsident habe sich für eine sofortige Anwendung der Sanktionen ausgesprochen und erklärt, daß die Nichtentwaffnung des Deutschen Reiches eine besonders gefährliche militärische Bedrohung für Frankreich und Belgien darstellt und mit dazu beitrage, einen dem Frieden gefährlichen Geisteszustand aufrechtzuerhalten. Graf Sforza habe die Erklärung Briands hinsichtlich der Entwaffnung gebilligt. Jede Handlung, die die wirtschaftliche Konsolidierung Italiens unterbreche, müsse vermieden werden. Er schlug dem Obersten Rate vor, die Reparationskommission damit zu beauftragen, Deutschland die Verfehlungen am Friedensvertrage sowie die notwendig werdenden Sanktionen mitzuteilen. Endlich habe Lloyd George die Ansicht ausgedrückt, wenn die Alliierten zur strikten Durchführung des Friedensvertrages zurückkämen, dann müsse die Reparationskommission, die den Gesamtbetrag der deutschen Reparationsschuld festgesetzt habe, auch hinsichtlich der Anwendung von Sanktionen sich über die Vorschläge des Berichtes äußern. Lloyd George wünschte deshalb, daß man Deutschland seine Verfehlungen am Vertrage mitteile, bevor man Zwangsmassnahmen anwende. Wenn Deutschland dann noch bei seiner Haltung verbleibe, werden die Alliierten zu den ins Auge gefaßten Operationen an der Ruhr schreiten. Angesichts dieser verschiedenen Meinungen habe der Oberste Rat die Prüfung der Frage, ob die Reparationskommission Deutschland auch die Zahlungsmöglichkeiten sowie im Falle der Nichtausführung die Sanktionen, die angewendet werden, mitteilen solle, den finanziellen Sachverständigen zur Prüfung übertragen.

London, 1. Mai. (Reuter.) Die Sachverständigen der Alliierten hatten noch kein Übereinkommen erreicht, als der Oberste Rat heute vormittag zusammentrat. Infolgedessen wurde die Beratung bis zum Nachmittag vertagt. Unter dessen erörterten die Sachverständigen die Vorschläge Jaspars, die bezwecken, die Meinungsverschiedenheiten der Alliierten beizulegen. Anstatt vor Eröffnung von Verhandlungen mit den Deutschen sofort ins Ruhrgebiet einzumarschieren, würden dagegen die Alliierten Deutschland ihre Bedingungen überreichen, die sich auf den Betrag der vom Reparationsausschuß festgesetzten deutschen Verbindlichkeiten, nämlich 6600 Millionen Pfund Sterling, gründen. Diese Bedingungen werden von einem kurzfristigen Ultimatum begleitet sein. Inzwischen würden die Alliierten die Zwangsmassnahmen vorbereiten, um diese Bedingungen im Falle einer deutschen Ablehnung durchzusetzen. Nach Ablauf des Ultimatum würden die Sanktionen unverzüglich in Kraft gesetzt werden. Jaspars Vorschläge ermöglichen es also Frankreich, seine Vorbereitungen für die Zwangsmassnahmen fortzusetzen für den Fall, daß Deutschland sich weigert, der Entwaffnung, den Reparationen und den Prozessen gegen die Kriegsverbrecher zuzustimmen. Außerdem tun die Vorschläge der britischen öffentlichen Meinung Genüge, indem sie Deutschland eine kurze Zeitspanne gewähren, um die Bedingungen der Alliierten anzunehmen und die notwendigen Bürgschaften zu stellen. Der Oberste Rat wird die Vorschläge Jaspars morgen nachmittag prüfen. Bei dem heutigen Meinungsaustausch verlautete, daß Lloyd George die Annahme der Vorschläge Jaspars nicht abgelehnt und zum Ausdruck gebracht habe, daß er die französischen und die belgischen Bemühungen zur Lösung der Schwierigkeiten zu schätzen weiß. Er habe sich aber geweigert, vor einer Beratung mit dem Kabinett eine endgültige Antwort zu geben. Das Kabinett wünscht später die Vorschläge zu erwägen, wenn sie aufgezeichnet seien. Ein aus Curzon, Briand, Sforza, Jaspars und Hayashi bestehender Redaktionsausschuß, der die Vorschläge Jaspars schriftlich festlegen soll, beriet heute abend anderthalb Stunden und vertagte sich dann auf morgen mittag, wo er seine Arbeiten abzuschließen hofft.

London, 1. Mai. Der „Observer“ schreibt: Die augenblickliche französische Politik bedeutet Selbstmord für Englands Handel, Schifffahrt und Erwerb. Wir verließen Frankreich, wenn es erklärt, es gehe für Frankreich um Leben und Tod. Wir haben aber auch Verständnis dafür, daß es bei uns um Leben oder Tod geht. Entweder findet eine Regelung und ein Kompromiß zwischen beiden Ländern statt, oder es kommt zu einem Bruch. Es besteht kein Zweifel, daß Deutschland dieses Mal eine Grundlage anbietet, auf der eine Regelung erzielt werden kann. Deutschland will jetzt sogar die Pariser Forderung so gut wie anerkennen, voraus-

gesetzt, daß das Deutschland noch verbliebene Gebiet unberührt gelassen wird. Frankreich will jedoch immer noch auf einer Verstümmelung Deutschlands durch Zuweisung der wertvollsten Teile Oberschlesiens an Polen im glatten Widerspruch zu dem Abstimmungsresultat bestehen. Das Blatt tritt dafür ein, daß Frankreich volle finanzielle Genugtuung erreicht, daß aber ganz Oberschlesien wie seit tausend Jahren ein unberührter Teil des Deutschen Reiches bleibt.

Paris, 30. April. „Intransigeant“ glaubt zu wissen, daß der französische Plan für die Befestigung auf dem rechten Rheinufer sich auf ein Gebiet von 100 Kilometer Länge und 40 Kilometer Breite erstreckt. Die bedeutendsten Städte, die in diese Zone fallen, seien Offen, Belfort, Dortmund und Mülheim an der Ruhr.

Paris, 30. April. Nach einem Kablelegramm der „Chicago Tribune“ ist aus Washington an Deutschland kein direktes Ersuchen um Abänderung der Vorschläge gerichtet worden. Staatssekretär Hughes habe jedoch die Hoffnung der Verhandlungen noch nicht aufgegeben, selbst für den Fall, daß die Entscheidung vor dem Einrücken der französischen Truppen in das Ruhrgebiet nicht erfolge.

Simons' Rücktrittsgesuch abgelehnt.

Berlin, 30. April. Zu den Nachrichten über eine angebliche Krise im Kabinett erzählt W. L. B. von zuständiger Stelle folgendes: Es ist richtig, daß der Minister des Auswärtigen vor einiger Zeit dem Reichspräsidenten ein Abschiedsgesuch vorgelegt hat. Maßgebend für den Entschluß des Ministers war sein Eindruck über die Stellungnahme der deutschen öffentlichen Meinung zu seiner Politik. Mit Rücksicht auf die von ihm eingeleiteten Verhandlungen mit Amerika hatte sich der Minister zugleich bereit erklärt, die Geschäfte seines Ressorts vorläufig weiterzuführen. Der Reichspräsident hat das Gesuch abgelehnt, da nicht nur das Kabinett die Vorschläge des Reichsministers über die Fortführung der von ihm mit Amerika begonnenen Verhandlungen billigt, sondern auch die Reichstagsdebatte gezeigt hat, daß die Volksvertretung in ihrer großen Mehrheit diese Fortführung wünscht.

Der Internationale Gewerkschaftsbund fordert gegenseitige Verhandlungsbereitschaft.

London, 30. April. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes erklärt nach Kenntnisnahme der neuen deutschen Reparationsvorschläge, daß sie geeignet sind, den Gegenstand neuer Verhandlungen zwischen den Ententeregierungen und Deutschland zu bilden und daß der Weg gebahnt ist für eine friedliche Lösung. Der Internationale Gewerkschaftsbund gibt dem Gefühl der organisierten Arbeitermassen Ausdruck, indem er die Regierungen der Entente auffordert, Verhandlungen anzubahnen, ohne zu neuen Sanktionen, die immer unwirksam bleiben, Zuflucht zu nehmen, und andererseits die Regierung Deutschlands auffordert, das gegebene Wort zu respektieren, indem sie das äußerste Maß an Bereitwilligkeit zeigt, und hinsichtlich der Militärlisten ihres Landes, die immer noch eine Bedrohung der deutschen Republik und durch die rückwirkenden Folgen eine Bedrohung des europäischen Friedens darstellen, die gebotenen Massnahmen annimmt.

Amerikas Sonderfriedensvertrag mit Deutschland.

Washington, 30. April. Der Senat hat die Friedensentschließung des Senators Knox mit 49 gegen 23 Stimmen angenommen. Senator Lodge, der in einer Rede diese Entschließung befürwortete, kündigte an, daß wahrscheinlich ein Vertrag mit Deutschland folgen würde, sobald sie Gesetzeskraft erlangt haben werde.

Die Reuter weiter berichtet, sagte Senator Lodge in seiner Rede, in der er die Friedensentschließung von Knox befürwortete, im Anschluß an den Vertrag mit Deutschland würden auch Verträge mit den übrigen feindlichen Staaten abgeschlossen werden.

Washington, 30. April. Die Reuter über die Sitzung des Senats berichtet, in der die Entschließung des Senators Knox angenommen wurde, erklärte der Präsident und der Vertreter des Staatsdepartements, Senator Lodge habe es klar ausgesprochen, daß die Vereinigten Staaten nicht die Absicht hätten, die Alliierten im Stich zu lassen.

Kriegsgefahr an der deutschen Ostgrenze.

In der Bevölkerung des deutschen Ostens herrscht eine Erregung, die im Steigen begriffen ist und ihre Wurzeln bis weit in die Arbeiterbewegung hineinreicht. Sie ist entstanden durch den Glauben, daß in naher Zeit mit einem d. h. der Fall Polens auf deutsches Gebiet zu räumen sei, und sie dreht sich um die Frage, ob einem solchen Ueberfall bewaffneter Widerstand entgegengesetzt werden soll oder nicht.

Der Glaube an den bevorstehenden polnischen Ueberfall ist genährt worden, durch Drohungen polnischer Militärs mit einer gewaltsamen Lösung der ober-schlesischen Frage und durch militärische Vorbereitungen Polens an der deutschen Grenze. Das Bestehen solcher Vorbereitungen wird jedoch nicht nur von Polen selbst, sondern von der ganzen Entente bestritten, wie aus einem Schriftwechsel hervorgeht, den der Minister des Reiches Dr. Simons am Donnerstag zur Kenntnis des Reichstages gebracht hat. Aus Anlaß eines von der Reparationskommission erteilten Auftrags, 350 Lokomotiven an Polen zu liefern, hat die deutsche Regierung auf ihre Befugnis aufmerksam gemacht, daß diese Lokomotiven zu militärischen Zwecken gegen Deutschland verwendet werden könnten, und hat dabei auch auf die militärischen Vorbereitungen Polens hingewiesen. Die Pariser Konferenz hat das Bestehen solcher Vorbereitungen energig in Abrede gestellt, ohne damit jedoch auf den Willen Dr. Simons ganz überzeugend gewirkt zu haben. Indessen hat der Minister selbst auf die verbleibenden Verträge mit Polen hingewiesen, die teils abgeschlossen sind, teils vor dem Abschluß stehen, und die geeignet sind, die längst erwünschte Besserung der Beziehungen zwischen der deutschen und der polnischen Republik herbeizuführen.

Der Gerechtigkeit wegen sei aber noch ein weiteres Moment angeführt, das die Erregung im Osten begünstigt macht. Auch dort sind Nachrichten nicht unbekannt geblieben, die in den letzten Tagen von Berlin aus verbreitet wurden. Demnach hat Frankreich an die Tschecho-Slowakei und an Polen die Frage gerichtet, ob sie sich an einem militärischen Vorgehen gegen Deutschland beteiligen wollten. Frankreich sollte den industriellen Westen bis Herföhren helfen, die Tschecho-Slowakei Sachen bis einschließlich Bresden, Polen den deutschen Osten bis einschließlich Cottbus. Während die Tschecho-Slowakei eine Teilnahme an diesem in moralischer Beziehung schwer zu kennzeichnenden Plane abgelehnt, soll Polen zugeeigt haben.

Diese Nachrichten stammen von einer Seite, die es sehr schwer macht, an ihrer Richtigkeit zu zweifeln; man möchte dem annehmen, sie seien mit Vorbehalt in die Welt gesetzt worden, um die Paniksituation in Deutschland zu verheeren und den Druck, der Deutschland zu neuen äußersten Zugeständnissen zwingen soll, zu verstärken.

Das angeblich französische polnische Abkommen, das also keineswegs einfach in das Reich der Fabel zu verweisen, daß ganz gewiß nicht von den Deutschnationalen erkundet ist, würde allerdings voraussichtlich erst dann in Kraft treten, wenn es die Zustimmung der Gesamtentente, also vor allem Englands, ergäbe. Ganz so groß ist die Gefahr also noch nicht, wie sie manchmal verschiedentlich zu sein scheint.

Sie zu leugnen, wäre indessen von jedem, der über ähnliche Informationen verfügt wie wir, unaufrichtig. Darum kann man die Erregung im Osten auch nicht einfach als deutschnationale Panik bezeichnen, wenn auch natürlich die Deutschnationalen die ersten sein werden, die bestritten sein werden das Feuer anzublasen, statt es auszulöschen. Dieses Auslösen kann aber nach dem ganzen Stande der Dinge nicht lediglich eine deutsche Angelegenheit sein. Nur wenn Sicherheit geschaffen werden kann, daß von Polen keine militärischen Gewalttaten zu befürchten sind, wird die Arbeit jener unserer Genossen, die auf eine Beruhigung der Bevölkerung hinwirken, von sicherem Erfolge gekrönt sein.

Ob man sich gegen einen militärischen Einfall zur Wehr setzen soll oder nicht, kann für uns Sozialdemokraten eine Frage nur der Taktik, nicht des Prinzips sein. Im Prinzip müßten wir uns eher für die Verteidigung entscheiden; wenigstens haben wir es den Belgiern niemals übel genommen, daß sie sich gegen den deutschen Einfall von 1914 zur Wehr gesetzt haben. Lloyd George hat damals sogar das Freiwerfen verteidigt durch den berühmten Ausspruch: „Wenn ein Eindringling in mein Haus kommt, ziehe ich mir nicht erst eine Uniform an, um ihn zu verjagen.“

Indessen läßt die ganze Weltlage mit Sicherheit vermuten, daß ein bewaffneter Widerstand gegen das militärische Vordringen Polens ein ganz aussichtsloses Unternehmen wäre, das nach Hinopferung ungezählter Tausende nur mit größerem Schaden für Deutschland enden würde. Und darum soll man im Osten auf die Stimme der Vernunft hören, wie sie dort von der übergroßen Mehrheit unserer Parteigenossen vertreten wird. Der Kampf für die Vernunft, die über das Gefühl stehen muß, läßt sich aber auch führen, indem man andere Meinungen, die man bekämpfen muß, achtet. In diesem Hin und Her der Meinungen läßt sich eine feste Grenze der politischen Parteien nicht ziehen, und es wäre falsch, zu sagen, daß ein ober, der nicht sofort die Ueberwindung aufbringt, sich den Gründen der Vernunft anzuschließen, ein bewußter oder unbewußter Handlanger der nationalistischen Reaktion sein müsse.

Unberückbar festzuhalten sein wird aber an dem Grundsatz, daß im Osten nichts gesehen darf, was den Segnern einen Vorwand zur Verwirklichung von Plänen bieten würde, denen gegenüber die ganze Bevölkerung einig ist in dem Wunsche, daß sie niemals zur Ausführung gelangen mögen. Da Deutschland zu schwach ist, um sich zu verteidigen, wäre es erst recht Wahnsinn, andere herauszufordern. Darüber wird in unserer Partei und ganz gewiß weit darüber hinaus in der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes keine Meinungsverschiedenheit bestehen.

Männerstolz vor Kognakflaschen.

In der Sonntag-Ausgabe des „Vormärts“ steht zu lesen: Einem Berliner Weinrestaurant ist es gelungen, zwei Waggons Kognak aus Frankreich einzuführen. Ueber diese Vergeudung deutschen Geldes hat der frühere Staatssekretär Dr. August Müller eine bittere Blase geschrieben. Darauf hat sich bei ihm der Importeur der Waggons gemeldet und sich als der Inhaber des weltbekannten Restaurants Hiller, unter den Linden, vorgestellt. Er hat erklärt, es gehöre einfach zu seinem Geschäftsbetrieb, den Wägen, die das wünschenswerte französische Kognak zu verschicken. Und er hat den Nachweis erbracht, daß er von den zuständigen Regierungsstellen ganz ordnungsmäßig die Erlaubnis für die Einfuhr von zwei Waggons französischen Kognak erhalten habe.

Dr. Müller erinnert daraufhin daran, daß sich das Restaurant Hiller schon einmal im Kriege unbedenklich bemerkt gemacht habe. Es war dem Kriegsernährungsamt bekannt geworden, daß bei Hiller die amtlichen Ernährungsvorschriften überhaupt nicht beachtet wurden. Es gab Fleisch auch an stillschlafenden Tagen, es gab Fleisch und Brot ohne Marken, und die Ernährungsämter des deutschen Volkes gingen an dem blendend gedeckten Tisch des Hillerschen Restaurants vorüber, und die, die davon Gebrauch machten, das waren hohe deutsche Regierungsbeamte, es waren Offiziere, Politiker und Parlamentarier. Der holländische Stammtisch während des Krieges war berühmt. Hier wurde an prägnanter Tafel ein Teil der Politik und der Weltgeschichte gemacht, für die sich draußen die Schöne des Volkes vergeblich schlugen und die Heimat vergeblich hungerte. Das Kriegsernährungsamt mochte das Hillersche Lokal schließen. Aber Dr. August Müller erzählt:

Die Absicht der Schließung des Lokals wurde aber vereitelt. Kanzlei, Kriegsministerium, Großer Generalstab und Auswärtiges Amt vereinigten sich, und dem Druck, den diese geschäftigen Stellen ausübten, mußte die mit der Ausführung der Schließung betraute Kriegsernährungsbehörde weichen. Das Lokal blieb weiter geöffnet, es änderte an seinen Gepflogenheiten nichts, und als gegen den damaligen Inhaber eine Klage durch das Kriegsernährungsamt veranlaßt wurde, fand sich ein bekannter und einflussreicher Reichstagsabgeordneter, der in der südlichsten Stadt Deutschlands als Rechtsanwalt wirkte, und wahrscheinlich niemals vorher in seinem Leben einen Prozeß in Berlin geführt hatte, als Verteidiger des für die Zustände im Hillerschen Lokal verantwortlichen Herrn. Diese demonstrative Verteidigung der Sabotierung unserer Ernährungsverwaltung, die einer der Hauptgründe des inneren Zusammenbruchs im Jahre 1918 geworden ist, hat dem betreffenden Politiker nichts geschadet, wie seine nachherige Karriere zeigt.

Der erfolgreiche Verteidiger der Hillerschen Schlemmerwirtschaft ist heute der erste Beamte des Reichs, ist der Reichsminister Dr. Hebrich. Und auch dem Hillerschen Restaurant sind die guten Beziehungen zu den höchsten Regierungskreisen weiterhin gut bekommen. Dr. Müller schreibt:

Während in Frankreich von Haß und Rachsucht erfüllte Politiker eine Dulderei Deutschlands nach der anderen erfinden, finden sich hier in Berlin Regierungstellen, die die Erlaubnis erteilen, dem gleichen Frankreich seine Schnäpse waggonweise abzukaufen. Das ist ein Kennzeichen des Gefühls für nationale Würde, die diese Stellen auszeichnet. In einer Zeit, in der die ganze Welt für verhungerte deutsche Frauen und Kinder sammelt, in der mittelbare Ausländer in Berlin Speiseanstalten und Nahrungsmittelverteilungen einrichten, um die äußerste Not von Tausenden unserer Volksgenossen fernzuhalten, hält es eine amtliche Stelle für angebracht, waggonweise Schnäpse einzuführen, der gegenwärtig in Berlin in den Schaufenstern zum Preise von 295 M. für eine kleine Flasche feilgehalten wird. Es gibt amtliche Stellen bei uns, deren Gewissen selbst in dieser Zeit durch die Verschlechterung unserer Finanz- und Wirtschaftslage infolge der Hingabe von Devisen für französische Schnäpse nicht im mindesten belastet wird. Um es kurz zu sagen: die

Tatsache, daß allein eine Berliner Firma zwei Waggons französischen Schnäpse auf einmal nach Deutschland einführen darf, ist ein Skandal, der zum Himmel schreit. Und ich möchte gerne wissen, woher eine Regierung das Recht zur moralischen Verurteilung der Sanktionen durch die Entente nimmt, wenn sie es billigt, daß ein Volk in der Lage des Hungers und Elends geprengt wird, mit ungeheuerlichen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag belastet ist, und nur durch eine, alle unnütigen Ausgaben auf das sorgsamste vermeidende Wirtschaftspolitik wieder gelindert kann, mit amtlicher Beihilfe zum Massenkonsum französischen Alkohols in der kostspieligsten Form verführt wird.

Zweifellos hat Müller recht. Aber es reicht nicht aus, bloß der Regierung einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie in den letzten Zeiten die Einfuhr französischen Cognacs erlaubt. Der Vorwurf trifft in gleicher Weise das Publikum, das zur Massenabnahme unbedingt nach französischem Kognak schreit, und zwar so laut schreit, daß allein ein einziges Lokal zwei Waggons davon braucht. Bei Hiller sind es immer wieder dieselben Kreise, hohe Beamte, Parlamentarier die Granden der Industrie und des Handels, und am Vorkabstage der Kaiserin sah man, wie eine Berliner Korrespondenz meldet, Herren in prächtvoller Uniform, die man am Morgen im Potsdamer Trauerzuge gesehen hatte, am Nachmittag bei Hiller auf das Diner ein geschlossenes Klischee aus der Dreierstube legen. Sehr „hohe“ Herrschaften. Die tödlich gekränkt wären, wenn man ihnen mangelndes Nationalgefühl vorwerfen würde.

Weitere Volksabstimmungen über den Anschluß Oesterreichs an Deutschland.

Lin., 27. April. In der heutigen Sitzung des Landtags brachten die Großdeutschen einen Antrag ein, in welchem Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat aufgefordert werden, das eingebrachte Gesetz zur Durchführung der Volksabstimmung über den Anschluß der Republik Oesterreich an das Deutsche Reich zur Verabschiedung zu bringen. Andernfalls würde die Volksabstimmung im Lande Oberösterreich selbständig vorgenommen werden. Für diesen Fall wird die oberösterreichische Regierung ermächtigt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Der Antrag wurde unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen.

Salzburg, 27. April. Im Landtag wurde heute folgender Antrag einstimmig angenommen: Der Landtag legt Verwahrung gegen den vom französischen Gesandten in Wien unternommenen Schritt ein, der nicht imstande ist, die Bevölkerung in ihrem Anschlußgedanken wankend zu machen. Die Volksabstimmung im Lande Salzburg ist am 29. Mai vorzunehmen, falls nicht durch die Bundesregierung ein früherer Termin für das ganze Reich festgesetzt wird. Die Volksabstimmungsfrage hat zu lauten: Wird der Anschluß an Deutschland gefordert?

Die Vergewaltigung Südtirols.

Innsbruck, 28. April. Heute fand wegen der von italienischen Nationalisten verübten Vagener Gewalttaten eine große Protestversammlung statt, an der die Vertreter der Tiroler Volkspartei, der Tiroler Landesregierung und des Innsbrucker Gemeinderates, sowie der großdeutschen Volkspartei teilnahmen. In einer einhellig angenommenen Entschließung heißt es u. a.: Südtirol sei nichts anderes als eine Kolonie, ein zweites Trinobis, und das in Vorn geschene Unrecht schreie nach Sühne. An den Präsidenten der Vereinigten Staaten wurde ein Telegramm gesandt, worin Amerika gefragt wird, was es zu tun gedente, um Südtirol in den Bereich des Selbstbestimmungsrechts zu setzen und die Wiedervereinigung Nord- und Südtirols schnellstens herbeizuführen.

Deutsche Gewerkschaftsführer in London.

London, 28. April. „Daily Chronicle“ zufolge sind vier deutsche Gewerkschaftsführer, Großmann, Hüß, Dikmann

und Silbermann, in London eingetroffen, um mit hervorragenden Politikern und Arbeiterführern über die Reparationsfrage und den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu beraten.

Handelsvertrag zwischen Italien und Rußland.

P. F. A. Reval, 28. April. Nach einer Meldung aus Moskau hat der Vertreter Sowjetrußlands in Italien, Woromskij, erklärt, daß in nächster Zeit ein Handelsvertrag zwischen Sowjetrußland und Italien geschlossen werden wird. Die italienische Industrie will Rußland Lokomotiven, Waggons und Automobile liefern. Sowjetrußland liefert dagegen Brennstoffe. Italien verpflichtet sich, die Instandsetzung der Gruben und Naphthawerte in Rußland zu fördern. Sowjetrußland zahlt zum Teil in Gold, zum Teil durch Konzessionen. Woromskij erklärte, daß Sowjetrußland die Handelsbeziehungen mit allen Ländern, außer Frankreich und Japan, erneuert habe.

Betriebsschließungen in Rußland infolge Brennstoffmangels.

Reval, 28. April. Die „Ekonomscheskaja Schts“ berichtet, daß in Sowjetrußland vier chemische, eine Streichholz-, 12 Glas- und 13 Papierfabriken wegen Brennstoffmangels geschlossen werden mußten. Die Nahrungsmittelversorgung der Arbeiter des Donez-Kohlenbeckens wird immer schlechter. Statt der für die dortigen Arbeiter, Angestellten und Eisenbahner monatlich erforderlichen zwei Millionen Rubel Getreide wurden im April nur 400 000 Rubel geliefert. Infolge Kohlen- und Materialmangels wurde das Programm für die Reparatur der Lokomotiven für 1921 herabgesetzt, doch kann selbst dieses Programm nicht eingehalten werden.

Reval, 29. April. In Petersburg sind, wie die „Ekonomscheskaja Schts“ mitteilt, alle Fabriken außer 30 vom 24. April bis 6. Mai wegen Brennstoffmangels geschlossen. Im April trafen 34 Waggons englischer Kohle ein.

Der Wiedereintritt Sowjetrußlands in den Welt handelsverkehr.

Reval, 27. April. Wie bereits gemeldet, billigte der Rat der Volkskommissare der Sowjetrepublik den ihm vom Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten vorgelegten Plan eines vorläufigen Übereinkommens mit Norwegen und Dänemark über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen. Zugleich beauftragte der Rat Tschischerin, sich mit dem Vorschlage der tschechoslowakischen Regierung über die gegenseitige Zulassung von Handelsmissionen einverstanden zu erklären.

Kleine Nachrichten.

Laut „Roter Fahne“ ist der Kommunist Friesland, auf dessen Verhaftung die russische Sowjetregierung mit der Festnahme deutscher Geiseln geantwortet hatte, wieder aus der Haft entlassen worden.

Nach einer Meldung des „Berl. Tageblatts“ aus Halle veröffentlicht der Landtagsabgeordnete Hötige anlässlich seines Ausscheidens aus der kommunistischen Partei einen Aufsatz, in dem er mitteilt, daß die kommunistische Partei in Deutschland jetzt nunmehr eine Sekte sei. In Anhalt, wo die kommunistische Partei stärker gewesen sei als in fast allen Gebieten Deutschlands, seien Massenaustritte erfolgt. Es lägen Abmeldungen ganzer Ortsvereine vor.

Königsbütte, 29. April. Bei den Betriebsratswahlen im Hüttenbetriebe von Königsbütte erhielten die freien Gewerkschaften 12 Mandate, die polnischen Gewerkschaften fünf Mandate und die Union drei Mandate.

London, 29. April. Durch den Ausstand der Bergarbeiter verliert der englische Schatz 3 1/2 Millionen Pfund Sterling.

Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit. *)

Zu diesem Thema nimmt Dr. Striemer im „Korrespondenzblatt“ des ADGB Stellung gegen einen Aufsatz, den der Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Deutsch in Nr. 9 der „Deutschen Industrie“ veröffentlicht. Deutsch wendet sich gegen einen Artikel in der gleichen Zeitschrift, in dem diese „Gleichberechtigung“ befürwortet wird. In Hand von Jobben sucht Deutsch nachzuweisen, daß der auf den einzelnen Arbeiter entfallende Anteil am Reingewinn der Produktion außerordentlich gering ist, und die Arbeiter und Angestellten wie auch die gesamte Volkswirtschaft würden vielmehr dadurch einen großen Schaden erleiden, denn der Wert der Aktien würde bis auf den Nennwert und auch darunter sinken und damit auch das Interesse der Geldgeber. Deutsch sagt folgendes:

„Auf diesem Wege ist nichts zu erreichen, und es erscheint mir sehr viel richtiger, dies den Angestellten und Arbeitern ganz offen zu sagen, anstatt Hoffnungen zu erwecken, die nicht in Erfüllung gehen können, und die nur geeignet sind, Verstimnungen zu erzeugen und erneut Unzufriedenheit zu schaffen.“

Dr. Striemer unterleuchtet nun die Frage, welche Wirkungen sich aus der Aufteilung des Gewinns auf die gesamte Belegschaft eines Unternehmens oder aus der Zusammenhaltung desselben in einer oder wenigen Händen der Aktionäre ergeben. Verständlich ist, daß die Aufteilung des Gewinns nur geringe Beträge ergibt, daß diese aber sofort wieder dem Konsum zugeführt werden, während die Zusammenhaltung des Profits in den Händen der Kapitalisten nur neue Kapitalbildung hervorruft und fördert. Wenn also auch bei der Aufteilung der Aktienbesitzer privatwirtschaftlichen Schaden erleiden, so entstehen doch für die Volkswirtschaft durch diesen Kreislauf des Geldes keine Verluste.

Durch die Auflösung des Ueberschusses in viele Kleinbeträge wird die Kaufkraft des einzelnen gehoben und der gesamte Gewinn wieder der neuen Gütererzeugung zugeführt. Die gleichberechtigte Beteiligung an der Verteilung des Mehrwertes, der durch ungerichtfertige Ausbeutung der Arbeitskräfte einer Monopolstellung, einer guten Konjunktur und anderer der Erzeugung von Profit günstigen Verhältnisse geschaffen wird, ist trotzdem abzulehnen. Die Leistungen der Werteschaffender sind von vornherein in gerechter Weise zu bewerten und der sich dann noch aus vorteilhafter Produktion ergebende Ueberschuß ist der gesamten Volkswirtschaft zuzuführen.

Nach wir bestreiten die Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital. Wir streben die Sozialisierung und Kommunalisierung der Produktion deshalb an, um das privatwirtschaftliche Kapital mit seiner Mehrwertzeugung zugunsten weniger Besitzenden zu beseitigen. Sozialisierung heißt Abschaffung des Privatinteresses an der Profitwirtschaft und gleichberechtigte Beteiligung aller Werteschaffenden an den Vorteilen der Gütererzeugung unter Berücksichtigung des Allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesses. Es muß gelagt werden, daß noch mancher Arbeiter und Angestellte auf dem Wege der Privatkapitalwirtschaft mehr und Besseres zu erreichen glaubt, als ihm nach seiner Meinung durch die Sozialisierung der Produktion und Konsumtion gegeben werden kann. Zutreffend ist, was die „New Yorker Volkszeitung“ darüber schreibt: „Wie leicht Arbeiter, die sich „etwas erpart“ haben, vergessen, daß sie ausgebeutet sind und ein Interesse an der Beseitigung dieser Ordnung haben, zeigt sich oft in gewöhnlichen Leben. Trotzdem ist es immer wieder überraschend, bei Gesprächen über die Sozialisierung zu hören: „Ja, die wollen einem das bisherige Hab und Gut fortnehmen.“ Der gute Mann ist vielleicht Besitzer eines Hauses, das aber zum größeren Teil der Bank gehört, die ihm die Hypothek vorhält. Tag um Tag steht er in harter Arbeit und wird gleich seinem Nebenarbeiter ausgebeutet. Aber die Sorge um sein Haus läßt ihn vor einem Umwälzung

in den bestehenden Zuständen erzittern, er hat Angst, seine Ketten zu verlieren, die ihn an seinen Arbeitsplatz fesseln. Seine Furcht ist lächerlich, aber dieser Mann, der hier seine Ansicht offen ausspricht, steht nicht allein. Es gibt viele seinesgleichen. Sie müssen sich wohl in lichten Momenten sagen, daß sie an der Quelle der Produktion, an ihrem Arbeitsplatz, täglich ausgebeutet werden, daß sie daher als Arbeiter das größte Interesse an der Ueberführung der Produktionsmittel in den Allgemeinbesitz haben, um der Ausbeutung ein Ziel zu setzen und dem Arbeiter, also ihnen selbst, das volle Produkt ihrer Arbeitskraft zu sichern. Aber der kleine Bess, von dem sie nicht leben können, der ihnen vielleicht mehr Sorgen macht als die paar Mark, die sie daraus ziehen mögen, stemmt sie im Geiste zu „Kapitalisten“. Sie zittern bei dem bloßen Gedanken, ihn zu verlieren. Und sie bekämpfen den Umsturz, der ihnen nur Vorteile bringen kann. Selbst im täglichen Kampf um Verbesserungen im Arbeitsverhältnis, um eine Lohnerhöhung oder Verkürzung der Arbeitszeit werden viele von ihnen zage. An die Scholle gefesselt, scheuen sie einen Konflikt mit dem Arbeitgeber, bei dem sie möglicherweise ihre Arbeit verlieren müßten. Sie schleppen schwere Ketten mit sich als der Arbeiter, der vogelfrei durch die Lande zieht, und doch lächeln und spotten sie über jenen Spruch, der andere zum Kampf begeistert: der Arbeiter hat nichts zu verlieren als seine Ketten, gewinnen kann er eine Welt. Die großen Kapitalisten wissen sehr wohl, was sie tun, wenn sie „ihren“ Arbeitern zum Bau oder Ankauf eines Hauses verhelfen, oder wenn sie den Arbeiter bewegen, Aktien des Unternehmens und Papiere des Klassenstaates anzukaufen. Dieser Besitz hebt den Arbeiter nicht aus der Lohnsklaverei heraus, er dient nur dazu, neue Bande um ihn zu schlagen, und in dem einzelnen Arbeiter ein Interesse an dem individuellen Besitz wachzurufen. Einige Groschen Zinsen im Jahre täuschen manchen Arbeiter darüber hinweg, daß der große Teil seines Arbeitsproduktes vom Kapitalisten eingestekt wird.

*) Die nachstehenden Ausführungen entsprechen nur dem Stand der Diskussion der Gewerkschaften und Staatsarbeiter „Die Gewerkschaft“.

Danziger Nachrichten.

Gewerkschaftsgegnern wach auf!

Am 9. November 1918 das Proletariat frei wurde von den Fesseln, mit denen es bis dahin niedergehalten wurde, strömte der große Teil der entrechteten Massen zu den Gewerkschaften. Durch die heftigen Kämpfe innerhalb der Arbeiterchaft wurde leider ein Teil der Arbeiterchaft von verantwortungslosen Elementen irreführt und durch den Bruderkampf die Stokkraft des Proletariats erheblich geschwächt. Wenn also die Machtverhältnisse sich zuungunsten der Arbeiterchaft verhalten haben, so hat die Arbeiterchaft selbst die Schuld zuzuschreiben.

Nachdem die politischen Parteien der Arbeiterchaft sich immer mehr zersplittert haben, verliert man auch das letzte Bollwerk der Arbeiterchaft, die Gewerkschaften, in unzählige „Zellen“ zu zerlegen. Man weiß nicht, ist es Wahnwitz oder Verbrechen, oder beides, was die Urheber der Zersplitterungstaktik leitet? Oder sind auch hierbei bezahlte Elemente der bestehenden Klasse am Werke, um die von den Unternehmern so gehaltenen Gewerkschaften in ihrer Stokkraft zu schwächen? Die Betriebsräte und Funktionäre der Gewerkschaften machen täglich die Wahrnehmung, daß das Unternehmertum mit zynischer Offenheit einen ständigen Kampf gegen die organisierte Arbeiterchaft führt, und auf der anderen Seite mit ebenso zynischer Offenheit „aus revolutionären Gründen“ die Zerschlagung der Gewerkschaften vorbereitet wird. Der überaus große Teil der Arbeiterchaft hat glücklicherweise erkannt, daß nur feste Geschlossenheit der Arbeiterklasse der vorwärtsdringenden Reaktion ein „halt“ gebieten kann.

Nach den letzten Ereignissen in Mitteldeutschland dürften nunmehr auch die irreführten Arbeiter zu der Einsicht gelangt sein, daß sie nur zu unläuterer Zwecken mißbraucht wurden. Diese Arbeiter erklären heute — wie wir es früher oft hörten — „es hat alles seinen Zweck, ich kümmer mich um nichts mehr“. Neben all den gewaltigen Aufgaben, die die Gewerkschaften im Wirtschaftskampf der Gegenwart zu erfüllen haben, müssen sie die zersplitterten Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Gleichgültigkeit, in die sie leider verfallen sind, aufstellen. Die kommenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfe werden die größten Anforderungen an die Arbeiterchaft stellen. Ebenso wie früher sind auch heute noch Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei die besten Schulen zu einer klar umrissenen Auffassung der Arbeiterchaft.

Wollen wir in den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen nicht unterliegen, dann muß ein jedes Mitglied der Gewerkschaft entschlossen gegen die Zersplitterungstaktik der kommunistischen Partei werden, die auf dem allein erfolgversprechenden Boden der demokratischen Gleichberechtigung den Kampf für den Aufstieg der Arbeiterklasse führt. Es ist heute keine leichte Aufgabe, die abtrünnig Gewordenen wieder der vorwärtsstrebenden Arbeiterchaft einzugliedern. Je intensiver wir uns aber dieser Aufgabe widmen, desto eher wird es möglich sein, das Proletariat zu einer machtvollen Kampfesfront zusammenzuschließen, welche allen Anfeindungen der Reaktion und dem Unternehmertum nicht nur standhalten wird, sondern dazu übergehen kann, die Position der Arbeiterchaft zu verbessern.

Allen Arbeitern und Arbeiterinnen sowie Angestellten muß ausgerufen werden:

Wahrt die Einigkeit der Gewerkschaften! Schließt euch auch politisch mit euren Klassengenossen zusammen! Hinein in die Sozialdemokratische Partei! In der Einigkeit und Geschlossenheit liegt eure Macht!

Ausgabe der neuen Rahmungsauptarten. Wie der Magistrat in der Sonnabendnummer unserer Zeitung bekannt gemacht hat, erfolgt von Dienstag, den 3. Mai d. J., ab die Ausgabe der neuen Rahmungsauptarten. Zunächst sind die aus der Bekanntmachung ersichtlichen Straßen aufgerufen, die am Dienstag, den 3. Mai, in den in der Bekanntmachung aufgeführten Ausgabestellen abgefertigt werden. Die Ausgabestellen sind innewohlfest. Es liegt im eigenen Interesse des Publikums, die Abholung der neuen Rahmungsauptarten in den Morgenstunden zu bewirken, da erfahrungsgemäß mittags immer ein großer Andrang entsteht. Die übrigen Straßen werden später aufgerufen. Näheres ergibt die Bekanntmachung.

Ortsgruppe Langfuhr des Mietervereins. Im Cafe Wüste in Sangfuhr Land gestern eine öffentliche Mieterversammlung statt. Die Herr Kleinberg leitete. Herr Palzer hielt einen Vortrag und trat dafür ein, daß die Langfuhrer eine eigene Ortsgruppe des Mietervereins gründen. Er verlas einen eigenen Tagesordnungspunkt der als einstweilige Satzung angenommen wurde. Die Ortsgruppe wurde gebildet und ein einstweiliger Vorstand gewählt.

Der Sternsteinhof.

Eine Vorgeschichte von Ludwig Angenruber.
(Fortsetzung.)

Drei Tage darnach war die Taufe. Sie sollte in aller Stille verlaufen, denn die Sternsteinhofbäuerin lag so kraftlos dahin, als ob sie sich lebens- oder sterbensbedürftig und bei jedem aufdringlichen Wort durchrieselte es sie vom Kopfe bis zu den Füßen.

Als der junge Bauer, von nur wenigen Gästen geleitet, mit der Patin, einer der reichsten Bäuerinnen in der Umgegend, und der Hebamme, welche in einem reichen Laufzuge ein winziges, mitschwebendes Würmchen trug, die Stufen zur Kirche hinaufstieg, lehnte an der Mauerbrüstung, dem Portale gegenüber, das Weib des Herrgottsmachers mit dem dicken, pausbackigen Wubon auf dem Arme.

Er starrte Helene ins Gesicht. Sie sah mit leicht gerunzelten Brauen nach ihm, auch das Kind blühte ihn so großartig und ernst an, da senkte er den Kopf und sein Blick glitt an der kräftigen Gestalt des Weibes herunter.

Die Laufzeugen traten in die Kirche, die heilige Handlung begann. Nachdem die reiche Bäuerin namens des Laufzeugs verprochen, alles zu glauben, was die Kirche zu glauben vorschreibt, und dem Teufel und seinen Werken zu entsagen, erhielt das kleine Geschöpf, es war ein Mädchen, zu Ehren der Patin den Namen Juliana.

Als der Zug die Kirche verließ, ging der junge Sternsteinhofer vorgeeilt, wie wenn er vor sich auf dem Boden nach etwas suchte, er suchte, daß Helene noch da war, er suchte es, daß sie ihn beobachtete, er hätte es auch gewußt und gefühlt, ohne die Fußspitze ihres rechten Fußes zu sehen, die spielend kleine Kiesel weg-schmeißte.

Vier Wochen mochten seit dieser Begegnung vergangen sein, der weiten in anderthalb Jahren seit Toni's Heimkehr, da kam eines Abends ziemlich spät die alte Zinshofer noch herübergelaufen und sah Helene mit wichtig tuernden Gesten und heimlichen Augenwinkeln an, in die alte Stille hindüber zu kommen.

Der jungen Kleindiebin war schon verheiratet und verheißendes Geworden wieder, sie fuhr die alte mürrisch an, doch gleich am Ort anzuliegen, was es gäbe, aber da diese rasch hinaus-schickte, so folgte sie ihr verdrossen nach.

Als die beiden drüben eintraten, sah der junge Sternsteinhofer auf der Gewandtruhe, den Rücken an die Wand gelehnt, mit herab-

Die Zeit zur Abgabe der Steuererklärungen für die Veranlagung zur Einkommensteuer läuft am 3. Mai ein (siehe 11. u. 12. Nr.). Da nicht rechtzeitig Abgabe der Steuererklärungen durch Erhebung eines Zwangsbeschlusses bzw. durch Festsetzung von Ordnungsgeld bestraft wird, ist Einhaltung des Termins dringend zu empfehlen.

Neues Operntheater. Wochenplan: Montag, Dienstag und Donnerstag: Jorkerdrüffel; Mittwoch: Gedächtnisfeier; Freitag, Samstag und Sonntag: Gaißpils des Operntheaterkomitees Herrn Stella in der Operette: „Der vergnügliche Koch“, von Walter Aepo

Pollgeierbericht vom 30. April 1921 Festgenommen: 18 Personen, darunter 1 wegen Verdachts des Diebstahls, 1 wegen Verdachts des Raubes, 1 zur Festnahme aufgegeben, 1 wegen Hausfriedensbruchs, 11 in Polizeihast.

Clubs. Kartoffellieferung für Kriegsgeldempfänger. Den in Orla ortsangehörigen Kriegsgeldempfängern können verbilligte Kartoffeln geliefert werden und zwar zum Preise von 10 Mk. je Zentner. Es können als Höchstmenge erhalten: a) Erwachsene und Kinder über 10 Jahre einen Zentner je Person, b) Kinder im Alter von mehr als einem Jahre bis 10 Jahre 1/2 Zentner je Person. Der verbilligte Preis von 10 Mk. je Zentner ist bei der Abholung der Kartoffeln an den Händen zu zahlen. Anträge auf Belieferung sind am Montag, den 2. Mai 1921, im 1. Stockwerk des Rathauses, in Zimmer 4, zu stellen und zwar für die Anfangsbuchstaben V—Z von 10—12 Uhr vormittags. Nur die unterfertigten Personen haben Anspruch auf Belieferung. Eine Ausfuhr der Kartoffeln findet in keinem Falle statt.

Aus den Gerichtssälen.

100 Zentner Mehl beschlagnahmt. Vor dem Schöffengericht hatten sich der Postausbehalter Adolph Wiedel in Danzig, der Handlungsgehilfe Hellmuth Glownieck in Danzig, die uneheliche Helene Gorra in Danzig, die Stillleiterin Margarete Dreher in Danzig, der Kaufmann Kurt Reinke in Zoppot, und der Kaufmann Viktor Meyer in Zoppot zu verantworten. Von den Angeklagten wurden 100 Zentner Mehl beschlagnahmt und schließlich wurde das Mehl dem Stadtvordereuten Hietlau zum Kaufe angeboten, der jedoch darauf nicht einging, sondern von dieser Schieberei Anzeige machte. Es handelte sich um einen unehelichten Ankauf beschlagnahmter Mehlvorräte, ferner um eine Preissteigerung durch Kettenhandel und schließlich um Ueberführung des Höchstpreises. Das Gericht verurteilte die Angeklagten wegen dieser Straftaten und zwar Wiedel, Glownieck, Gorra und Dreher zu je 2000 Mk. Reinke und Meyer zu je 3000 Mk. Geldstrafe.

Schleichhandel und Preissteigerung. Der Händler Felix Schmitzowski in Odra, der Schlosser Josef Leonhardt, der Arbeiter Johann Schlagowski, der Müller Adolf Schönfeld, der Aufzugsführer Wilhelm Horn, der Schauspieler Hans Eichhorn und der Bäckermeister Franz Scheunemann, sämtlich in Danzig, hatten sich wegen Schleichhandels und Preissteigerung zu verantworten. Im Herbst 1919 kaufte Schmitzowski von einem Unbekannten 14 Ztr. Weizenmehl und 5 Ztr. Roggenmehl, die an die übrigen Angeklagten weiter verkauft wurden. Die Ware wurde mit übermäßigem Gewinn weiter gegeben. Das Gericht sprach Schmitzowski wegen Geisteskrankheit frei, Leonhardt, Schlagowski, Schönfeld und Horn wurden wegen Schleichhandels, Preissteigerung und Verkaufs von beschlagnahmtem Mehl zu je 8 Tagen Gefängnis und 350 Mark Geldstrafe verurteilt. Eichhorn und Scheunemann erhielten wegen Schleichhandels je 3 Tage Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe. Das beschlagnahmte Mehl wird eingezogen.

Diebstahl und Konterbande. Der Arbeiter Ernbull in Danzig entwendete aus dem Freihaus 126 Pfund Mehl, das der polnisch-amerikanischen Mission gehörte. Das Schöffengericht verurteilte Ernbull wegen Diebstahls zu 6 Wochen Gefängnis und sprach ihn wegen Konterbande frei. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein und die Berufungskammer bestätigte die Strafe wegen Diebstahls, sagte aber 756 Mk. Geldstrafe hinzu wegen Zollhinterziehung.

„Rebelle“ Kameradschaftlichkeit. Der frühere Leutnant dann Oberwachmeister bei der Schuppolizei, G. Gante in Danzig, machte mit den Kameraden einen Bierabend mit. Bei der Gelegenheit entwendete er einem Leutnant den Revolver, ging damit nachts 11 Uhr nach Freudenthal und verkaufte die Waffe dort an einen polnischen Wachtposten. Der Täter ist gefänglich. Der Amtsanwalt beantragte als Strafe 1 Jahr Gefängnis. Das Schöffengericht glaubte in Betracht ziehen zu müssen, daß den Angeklagten auch bereits eine mildere Strafe hart treffe und verurteilte ihn zu 6 Wochen Gefängnis. Mit den Urteilen gegenüber Angeklagten aus Arbeiterkreisen hat die Justiz sehr wenig darauf Rücksicht genommen, daß das Urteil den Betroffenen hart treffen könnte. Bisher konnte man im Gegenteil bei Verhandlungen gegen Angehörige aus dem Ar-

beiterstand stets feststellen, daß die Strafbefehle von außerordentlicher Härte waren. Wir weisen nun auf die teilweise unglaublich harte Bestrafung der aus bitterster Not erfolgten Auentfaltungen der Arbeiter hin. Soweit wir uns erinnern, hat bis heute noch kein Gericht in solchen Fällen die angebrachte und notwendige Milde walten lassen, obwohl eine solche in diesen Fällen umso mehr angebracht erscheint, als diese Straftaten nur aus Entzweiung der Unterstützung hart genug getroffen werden. Wenn also das Gericht sich zu dem hohen Grad der Milde gegenüber kleineren Vergehen aufschwingen will, dann soll man sich dieser Milde nicht nur erinnern, wenn Angeklagte aus den „heillosen Kreisen“ vor der „verkommenen“ und „getriebenen“ Göttin Justitia stehen.

Standesamt vom 30. April 1921.

Todesfälle: Frau Auguste Radziwowski geb. King, 52 J. 7 M. — Frau Pierrelia Gieselski geb. Ribandt, 42 J. 4 M. — E. des Bäckers Adolf Engler, 7 M. — E. des Schmiedemeisters Eduard Scharbin, 11 J. 6 M. — Linde, 1 J. —

Aus der Welt.

Untergang eines Dampfers. Ein Kapitän für den Untergang seines Dampfers bestraft werden kann, zeigt folgender Fall: Kapitän Harry Van des Dampfers „Kombaldfjord“ ist wegen seines Verhaltens bei dem Verlust seines Schiffes bei Halifax mit einer Geldstrafe von 500 Kronen belegt worden. Nach einem Bericht des ersten Offiziers des Dampfers trug sich der Untergang des Schiffes wie folgt zu: Der 6700 Tons Tragfähigkeit besessene Dampfer hatte im November vorigen Jahres mit einer Ladung Erz nach Baltimore bestimmt, Karibik verlassen. Während der Reise war sehr schweres Wetter, in dem verschiedene Leckgegenstände und ein Boot schwer beschädigt wurden. Infolge des anhaltenden schlechten Wetters begannen die Puntersöhnen auf die Reize zu gehen. Der Kapitän beschloß deswegen, Halifax anzuliegen, um dort Puntersöhnen zu nehmen. Zur Zeit des Einlaufens nach Halifax herrschte ein orkanartiger Sturm. Die Ankerungs- und Kreuzungsarbeiten waren vertrieben und das ausliegende Feuerrohr eingezogen worden. Kurz vor der Rostenstation geriet der Dampfer auf eine unter Wasser befindliche Klippe. Die Lage des Schiffes war außerordentlich kritisch und es wurde daher durch Beschluß ein Bergungsdampfer beauftragt, der infolge des schweren Wetters jedoch vergebens versuchte, das Schiff zu erreichen. Die Beladung war daher gerettet, das Schiff in zwei Booten zu verlassen. Kurz darauf brach der Dampfer in der Mitte durch. Beide Boote landeten darauf nach mühseliger Arbeit in einer kleinen Bucht. Die Beladung trat durch Vermittlung des norwegischen Konsuls in Halifax mit dem Dampfer „Magantic“ die Heimreise über England an. Die Wertgegenstände befanden sich in einem völlig erschöpften Zustande, ihre Effekten waren total verloren; retten konnten sie nur das nackte Leben.

Zweieinhalb Millionen für einen Bullen. Der europäische Rekordpreis für ein Stück Rindvieh ist von dem englischen Züchter Freund Sykes für einen britisch-friesischen Bullen gezahlt worden. Er erwarb das Prachttier zusammen mit der übrigen Herde aus dem Besitz von Horace Hall in Suffex und zahlte für den Bullen die Summe von 10 000 Pfund, was nach dem heutigen Valutastand mehr als 2 1/2 Millionen Mark bedeutet.

Das erste Schwimmdock aus Eisenbeton. Die Anwendung des Eisenbetons als Schiffsbaustoff, die besonders seit Kriegsanfang in vielen Staaten eine ständig wachsende Verbreitung findet, hat soeben einen bedeutungsvollen Fortschritt zu verzeichnen. Am 21. April ist auf der Mindener Eisenbeton-Werke A.-G. in Minden (Westf.) das erste Eisenbeton-Schwimmdock der Welt seinem Element übergeben worden. Das Dock, das nach dem Patent des Regierungsbaumeisters Dr.-Ing. Wilhelm Teubert erbaut ist und 80 Meter Länge und 10 Meter Breite im Lichten mißt, dient neben seiner für die Binnenschifffahrt wichtigen Verwendung als Ausbesserungsdock hauptsächlich als Dauerform für den Bau von Eisenbetonschiffen. Der Bau des Docks selbst erfolgte, um die Anlage einer Landheiling zu ersparen auf dem Boden des abgelassenen Mindener Industriebassens, durch dessen Füllung es heute zum Aufschwimmen gebracht und in Betrieb genommen wurde.

hängenden Armen und drehte langsam, wie müde, den Kopf nach der Türe.

Helene blieb an der Schwelle stehen, sie streckte den vollen, runden Arm gegen ihn aus und schüttelte mit der Hand.

Schon hatte sie mit der Rechten die Klinke erfaßt, um wegzuziehen die Türe ins Schloß zu drücken, da stemmte sie plötzlich die Linke gegen die Stütze und fragte in scharfer, großemunde Tone: „Was willst du denn eigentlich da?“

„Mir,“ antwortete der junge Bauer, „gar mir. Dein Gerücherrufen habe ich mit verlangt, und hätte es auch nicht gelitten, wenn ich darum geruchert hätte, daß war ein Einsatz von deiner Mutter, zu der bin ich gekommen, meinen Jammer und Glend klagen und auszurufen darüber, wie anders alles hätte werden können. Es wird mir doch verlaßt sein? und ihr verlaßt nur mit ihr Mitleid für mich.“

„Dir kommt nur heim, was du an mir gestündigt,“ sagte Helene, damit trat sie hinaus, man hörte das Getrappel einiger eilender Schritte und dann das Scharrn der Sohlen auf der Steinstufe vor der Türe des Nachbarhauses.

Es war den Leuten einzuwandern, daß es dem jungen Sternsteinhofer hart aufliegen müsse, an Stelle einer rührigen lebhaften Bäuerin mit einem Schlag eine nichtstuhige, ferkelnde (Tränkelein) auf dem Anwesen zu haben, und die nicht jeden nach sich selbst beurteilen, behaupteten auch, sie hätten es vorherzagen können, wie er sein Unglück aufkommen würde. Gram und Verzweiflung hatten manchen an kurzem Faden fest am Orte, und so einer arbeitete dann oft doppelt so viel wie sonst, um des Verdienstes Herr zu werden, aber das wird der seine, dann sagt er untätig dahin und verstimmt im fortwährenden Anblicke des Jammers: einen andern jagen sie zum Hans hinaus, daß er wie im Nebel herumläuft, nur vom Heim wegtrachtend, oder gar in allen Wirtshäusern aufspricht und im Trunke Vergessen sucht. Daß der Toni den Sternsteinhof mit dem Rücken ansehen werde, das wollten eben die Älteren vorausgesehen haben. Jene aber, die immer anders läten, als ein anderer getan hat, oder tun, die ihm das Leberarbeiten und das „Herumhocken“ in der Krankenstube — eines kein Schande und keines der Bäuerin Witz — über genommen haben würden, sie fanden es nun gar nicht schön, daß er ausließ und das arme Weib vereinsamen lasse, es war in ihren Augen nicht zu entschuldigen, aber doch begreiflich. Nur über eines schüttelten bald die Bedacht-samen wie die Nebelnehmerischen die Köpfe, über den häufigen Aufbruch des jungen Bauern bei der alten Zinshofer. Es vergingen

wenige Abende, wo man ihn nicht nach der Gütte der Alten gehen oder des Weges von derselben kommen sah.

Quasalberte vielleicht die Alte, um der Sternsteinhoferin den lieben Geld wieder zu geben? Schon möglich. Vor Zeiten sagte man ihr nach, daß sie sich auf Kräuter und Kränke verließ.

Aber doch wohl nicht. Denn der Bauer ging immer mit leeren Händen von ihr und Schmapfische wird das doch keine gewesen sein, daß er dann, wenn er sich unbelausch glaubte, in das Vorgärtel des Herrgottsmachers schlüpfte, geraume Weile vor dem Häuschen stehen blieb und an einer Fensterleiste fast die Nase platt drückte? Auch ging auf dem Sternsteinhofe die Rede, man wußte recht gut, welches Weges der Bauer herkäme, denn sei er bei der alten Feze gewesen, dann gäbe er der Bäuerin kein gutes Wort.

Zweimal kam es sogar zu lärmenden Aufritten. Der Bauer überhäufte die Bäuerin mit kränkelnden Vorwürfen über ihr ungeschicktes Weisen, von dem sie wohl gewußt haben werde, aber es ihm verheimlicht hätte, und als sie mit tränenden Augen auf die Wiege hinwies, lehnte er derselben, das Kind verschimpfend, den Rücken; beide Male war er unter Lärm in der Türe unten gewesen, Helene war eben auswärts, und die alte Zinshofer hatte ihr Entschuldig, den keinen, kraushaarigen, Repomul, in ihre Gütte herübergescholt.

Helene war es wohl in etlichen mondhellten Nächten, wo sie länger nach lag, vorgekommen, als ob etwas vor dem Fenster schattete, aber sie hatte es nicht arg noch acht; erst als man im Dorfe von den nächtlichen Gängen des jungen Sternsteinhofers zu sprechen begann und der kleine Muckerl von einem schönen, freundlichen Bauern schwätzte, der ihm viele schöne Sachen verspräche, da reimte sie sich das Gerede der Leute und das Geplauder des Kindes zu-mann.

Nach am selben Abende, nachdem sie sich darüber klar geworden, sah sie inmitten der Stube und machte einen langen Hals nach dem Fenster und als augen Toni der Straße entlang kam, erhob sie sich kurz darauf und lief nach der Gütte ihrer Mutter.

Sie rief die Türe hastig auf und warf sie schmetternd hinter sich zu, dann trat sie hart an den Bauern heran, die geballte Faust vor seinem Gesichte rüttelnd. „Du bist ein elendiger Kerl! Ist es dir nicht genug, einmal an meinem Unglück schuld gewest zu sein? Willst mich jetzt auch noch als Weib in Verzug bringen?“

Die Zinshofer drängte sich zwischen die beiden. „Geht nur keinen Streit an in meiner Hütten,“ sagte sie, Helene's drohende Rechte am Handgelenk ansetzend. (Fortsetzung folgt.)

Arbeiter und Beamte.

Denn auch nachstehende Ausführungen des Generalen Emil Dillmer in dem Verhandlungsprotokoll des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes auf die Verhältnisse in Preußen angeht, so beschäftigen sie sich doch so allgemein mit der Situation in der Beamtenbewegung, daß sie besonders von gewerkschaftlichem Standpunkt auch für Tansig durchaus bedeutend sind. T. Res.

Die Zeit der Nahrung und des Ueberhanges, in der wir uns befinden, bringt naturgemäß eine stetig andauernde Umgestaltung in den Organisationsformen mit sich. Auf kaum einem Gebiete tritt dies so klar in Erscheinung, wie bei den Beamten. Vor dem Kriege galt der Beamte bei uns als „deutsch, treu und pensionsberechtigt“, daß die Bogen des wirtschaftlichen Komplexes nur in gemessenen Abständen und in geringer Höhe an die Ufer pflückten, während die politischen Vorhänge logischermaßen für den preußisch-deutschen Beamten nicht da waren, — wenn man das Ganze rein äußerlich betrachtete. Hinter den Kulissen freilich lagen die Dinge schon erheblich anders aus. Da wurde besonders von konservativer Seite versucht, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß der „Beamtenforderndes“ Sinn des Beamten nur so nicht verloren gehe und jegliche anders geartete politische Meinung wurde streng verpönt — von Amts wegen. Wir wollen dieses selbige Kapitel aber heute hier nicht aufrollen, so notwendig das auch wäre. Es handelt sich vielmehr darum, festzustellen, wie auch die wirtschaftliche Unfreiheit von den früheren Regierungsparteien sowie von der wilhelminischen Regierung mit Starrsinn festgehalten wurde. Nicht nur die soziale Schichtung in möglichst viele Klassen wurde peinlich festgehalten und durch ein Bahnstimm grenzende Dienstverordnungen gesichert; auch die Aufstiegsmöglichkeiten waren unvernünftig erschwert und zu alledem kam für die mittleren und unteren Beamten ein „stänzenes“ Elend, wie es geradezu sprichwörtlich geworden ist. Trotz dieser günstigen Vorbedingungen für eine umfassende gewerkschaftliche Organisationsarbeit gelang es nicht, einen nennenswerten Teil der Beamenschaft auch nur in bürgerlich-radikale Beamtenvereine zu erfassen. Die Verbote und Mahregelungen sorgten für die „Reinheit“ des preußisch-konservativen Beamtentyps, wie er wohl einzig in der Welt dastand und wie er oft genug in abschreckender Weise vor Augen getreten ist. In den Gemeindebetrieben lagen die Dinge nicht viel anders wie in den Staatsbetrieben! Jeder Vorkämpfer und „Helfer“ war ein „ganz anderer Mensch“ als der „gewöhnliche Arbeiter“! Jedoch, die Zeiten sind dahin, und wir überlassen die Protokollströme jenen, deren Sinn stets nach rückwärts gerichtet war. Wir wollen jetzt auch nicht erst unterfragen, ob nicht doch unter den Hunderttausenden von Unterbeamten in Gemeinde- und Staatsbetrieben der wirtschaftliche Druck hätte eine solche Empörung auslösen müssen, daß alle

Koalitionsverbote daran zerschanden geworden wären. Denn um der Berechtigung willen müßten wir sonst auch die Frage aufwerfen, wo denn die 7 Millionen freigewerkschaftlicher Arbeiter in der Vorkriegszeit gesteckt haben. Die seit Ende 1918 zu uns gestohlen sind!

Genug, es weht seit einigen Jahren eine freiere Luft auch im attemperatsten Beamtenalein. Aber verdammt langsam bricht sich die neue Zeit in den Beamtenhirnen Bahn! Die unglückliche Mühe haben sich einzelne Vorkämpfer gegeben bei den Lehrern, den Post- und Eisenbahnbeamten, den Gemeindebeamten usw., und wie gering ist doch der Erfolg! Tradition und rechtspolitische Beeinflussung haben bis jetzt zu verhindern gewußt, daß eine einheitliche zielbare freigewerkschaftliche Beamtenbewegung geschaffen wurde. Wohl sollte kurz vor Kriegsbeginn eine schäbner Reformbewegung bei den Selbstbedienten ein, wohl wurde in den „bürgerlichen“ Zeiten des Krieges von oben allerhand zugestanden, wohl fand ein erheblicher Teil der mittleren und höheren Beamten zur Zeit der Volksbeauftragten den ersten „Mut“, nun auf einmal Anhängern des Streikrechts zu werden und die bisherige „prinzipielle Gegner“ aufzugeben. Aber die radikalen oder besser die scheinradikalen Wellen glätteten sich doch bald wieder, und heute mag die Situation treffend mit dem Wort gekennzeichnet sein: Die deutsche Beamtenbewegung weiß noch immer nicht so recht, was sie will!

Wohl haben Vfa (Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände) sowie die einzelnen Angestelltenverbände versucht, eine freigewerkschaftliche Ideologie in jene Kreise einzutragen. Aber noch ist der Erfolg allzu gering. Am verdienstvollsten hat in dieser Beziehung wohl der „Bund technischer Angestellten und Beamten“ (Butab) gearbeitet. Mit ihm und dem Zentralverband der Angestellten hat der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter denn auch die Vfa (Freigewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmer) gegründet, und an dem Waden der alten Beamtenzöpfe in den preußischen, sächsischen und bayerischen Beamtenvereinen, an der grimmen Pflanzschule dieser Gruppen können wir erkennen, wie gefährlich ihnen die freigewerkschaftliche Ideologie der Vfa dünkt. Eine Feststellung sei in diesem Zusammenhange wiederholt: Wir sind durchaus keine Gegner des Berufsbeamtentums, erstreben vielmehr einen ähnlichen Zustand der wirtschaftlich stetigen Beschäftigung usw. für die weitesten Volksteile an! Nun treibt es gegenwärtig noch immer sehr stark in den Beamtenvereinen. Einerseits wird die Strömung immer stärker, welche dem freigewerkschaftlichen Gedanken Raum schaffen hilft. Die Eisenbahner, zum Teil auch ein kleiner Prozentsatz der Postbeamten, haben sich im Verkehrsband zusammengedrängt, dessen Lebensfähigkeit freilich erst bewiesen werden soll. Lehrer und andere Beamtenkategorien haben gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaften geschlossen.

Unklar sind noch die Strömungen im „Deutschen Beamtenbund“, der fast 1 Million Mitglieder zählt. Hier sind die widerstreitendsten Elemente an der Arbeit, um den Karren nach rechts oder links zu zerrn, und es ist zurzeit noch nicht abzusehen, wohin er gleiten wird. Wenn wir hierzu eine Prognose stellen sollten, so ist nach unserer Erfahrung ein ausgesprochen freigewerkschaftliches Programm vom DBB kaum zu erwarten. Man lauiert, und falls wir gar ein bürgerliches preußisches Kabinett belämen (inzwischen gebildet, D. R.), dann gute Nacht freie Entwicklung im Sinne unserer Weltanschauung!

Die Gruppe, die unsere besondere Aufmerksamkeit verdient, die Komba (Verband der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens) nahm zwar wiederholt mutige Anläufe, sich als freigewerkschaftlich hinzustellen; wer aber näher zuseht, weiß, daß noch alle Vorbedingungen dafür fehlen.

Es ist daher kein Wunder, wenn an unsern Verband sowie an die Vfa wiederholt Aufforderungen ergangen sind, selber eine freigewerkschaftliche Beamtenbewegung ins Leben zu rufen. Wir haben, weil unsere eigenen Aufgaben mannigfaltig genug sind, diese Anregungen stets an den DBB weitergegeben, und es scheint so, als solle sich in den nächsten Wochen entscheiden, ob der DBB, als dritte Spitzenorganisation neben DBV, und Vfa in ein Kartellverhältnis kommt. So sehr wir letzteres wünschen, hegen wir doch noch immer einen Zweifel und aus diesem Grunde muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß nicht allzu lange mehr gezögert werden kann. Andernfalls ist die Gründung einer selbständigen freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung unausbleiblich, da sie ohnehin schon allzu lange verzögert worden ist!

Festzustellen ist nämlich, daß der christliche „Deutsche Gewerkschaftsbund“, wie auch der Hirsch-Dundersche (demokratische) „Gewerkschaftsring“ in der Beziehung längst für ihre Verhältnisse Klarheit besitzen. So umfaßt ersterer bereits in 11 Beamtenvereinen 400 000 Beamtenmitglieder, wozu noch angeblich 260 000 Post- und Telegraphenbeamten der „Reichsgewerkschaft“ kommen sollen, falls alle Postmenschen in das Gewerkschaftssystem des Postministers Olesberts einschwenken!

Beim aufmerksamen Studium der Zusammenfassung der drei großen Gewerkschaftszentralen wird man gefunden haben, daß der DBB, noch immer die Beamtengruppen nicht mit umfaßt. Es ist wahrlich nicht einzusehen, warum das so bleiben soll. Vielmehr ist es hohe Zeit, zur Entscheidung zu drängen, damit die mannhaftesten Beamtengruppen, wie Feuermehr usw., die den ersten Schritt in freigewerkschaftlicher Richtung machten, nicht länger stillstehen. Entweder bekennt der DBB, Farbe und mit ihm die Komba, oder es muß mit vereinten Kräften an die Neugründung einer freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung herangegangen werden.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Montag, den 2. Mai 1921, abends 7 Uhr.

Dauerkarten C 1.

Peterle

Extrakt in 4 Akten von Lothar Sachs.

Spielleitung: Felix Drebe. Inspektion: Emil Werner

Personen wie bekannt. Ende 9^{1/2} Uhr.

Dienstag, 3. Mai, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1.

Die tolle Komte. Operette.

Mittwoch, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2.

Fuhrmann Henkel. Schauspiel.

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Zum ersten Male: „Mona Lisa“, Oper in 2 Akten.

Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 2.

„Fra Diavolo.“

Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 2. Zum ersten Male: „Der Arzt am Scheideweg.“ Komödie in 5 Akten.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Mona Lisa“.

Künstlerspiele

Danziger Hof

Direkt.: Alex Braune. Konzil. Leitung: P. Pfeiffer

Lore Meißner

Lurette?

Pohl-Wagner

Braun u. Braun

Thomas u. Partner

Karl Edler

Vanity?

Peter Pfeiffer

3 Brooklyn's

Desider Kaldor

Mai

Annie Wilkens-Schulhoff

Janos und Olivia

Fischer und Bergl.

Künstlerdiele

Die Wiener Schrammeln Geor. Dietrich

Naturkinger Zetting

Täglich 5-Uhr-Tea

Vorführung moderner Tänze.

750 Rähmlicher Shag

pro Paket

In verbesserter Qualität

vorzüglich für Pfeife und Zigarette

Tabakfabrik B. Schmidt Nachf., Danzig, Rähm 18

Telefon 2327.

Fabrikniederlage Danzig-Schl. l. Karthausstraße 113

Telefon 2747. (4069)

Bitte, sofort bestellen!

Der Wahre Jacob

Einzige, farbige abgedruckte humoristische

literarische Zeitschrift der Sozial-

demokratischen Partei Deutschlands

Erkheint alle vierzehn Tage

Preis der Nummer 60 Pf.

Bestellungen werden entgegengenommen von

der Expedition dieses Blattes und von

den Einzelhändlern

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092

Tel. 4092

Regisseur u. Direktor Paul Bannmann.

Konzil. Leitung: Dir. Sigmund Kuratnik

Montag, den 2. Mai

Anfang 7 Uhr

Anfang

„Förster-Christl“

Operette in 3 Akten. Musik von Jarno.

Morgen Dienstag, den 3. Mai

„Förster-Christl“

Vorankündigung:

Freitag, den 6. Mai, Sonnabend, den

7. Mai und Sonntag, den 8. Mai,

abends 7 30 Uhr:

Gastspiel d. berühmten Operettenkomikers

Ferry Siekka

in der Operette: „Der verjüngte Adolar.“

Vorverkauf findet tags v. 10—4 Uhr nur

im Deuma-Haus Langgasse 69, 70 statt.

Nach Schluß der Vorstellung:

Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Ich bin bei den Gerichten der Freien Stadt Danzig als

Rechtsanwalt

zugelassen.

[4196]

Mein Bureau befindet sich Stadtgraben 5.

Perm. 3390

Arens, Rechtsanwalt.

Danziger Glossen

Heft 1. Mk. 1.50

Heft 2. „Der Atheist“ „ 2.50

Heft 3. „ 1.50

zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.



Fahrräder

Brennabor, Wanderer,

Dürkopp u. and. nur erstkl.

Orig. Maschinen in bester

Ausstatt. u. groß. Auswahl.

Mittel und Schwäche,

Continental, Gothonia,

Hamburg, Wien, Gut-

chinson usw. zu staunen

billigen Preisen.

Zubehör und Ersatzteile,

Reifen, Ped., Lenker usw.

Reparaturen

schleunigst, schnell u. billig.

Gustav Ehrms,

Fahrradgroßhandlung,

1. Damm 22-23 u. Ecke

Brettelgasse. (4067)

Schuhmacher-

Arbeitsmaschine,

Fahrrad, fast neu, zu verk.

5. Adl. Brauhans 6. (4)

Verlangen Sie die

„Volkstimme“

in den Gaststätten!

Wir empfehlen folgende Kleine Flugchriften der Monistischen Bibliothek:

- Das Wesen des Monismus 1.20
- Monismus und Religion 1.20
- Die freie Wahrheit 1.20
- Religionsunterricht oder Moralunterricht? 1.20
- Monismus und Klerikalismus 1.20
- Die Entwicklung der Erde 1.20
- Der Mensch und das Weltall 1.20
- Ueberblick über die Geschichte der Abstammung im Kampfe mit der Schöpfungsgeschichte 1.20
- Die Abstammungslehre 1.20
- Der Bau des Menschen als Zeugnis für seine Vergangenheit 1.20
- Der Ursprung des Lebens 1.20
- Die Entwicklung von Pflanze und Tier 1.20
- Lebensbeherrschung 1.20
- Dualistische und monistische Weltanschauung 1.20
- Wahlzeugung 2.40
- Anfänge des Glaubens und heidnische Grundlagen des Christentums 1.20
- Kann der Monismus eine Religion genannt werden? 2.40
- Wenn es keinen Gott gibt, was dann? 1.20

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Sparverein Arbeiter-Druckerei Westpreußen.

Die Mitgliederversammlung am 20. 8. 21 hat die Auflösung des Vereins zum 30. Juni 1921 beschlossen. Gemäß dieses Beschlusses kündigen wir die Guthaben der Mitglieder zum 30. 6. 1921. Gleichzeitig fordern wir die Mitglieder auf, bis zu diesem Tage ihr Guthaben im Geschäftslokale der Volkstimme abzugeben. Soweit die Guthaben an diesem Tage noch nicht abgehoben sind, ohne daß auf eine Rückzahlung verzichtet wird, wird das Geld ohne Zinszahlung zu treuen Händen hinterlegt.

Die Liquidatoren.

Aristen. Fooken. Adomat.

Kat und Muskat

In wirtschaftlichen Fragen erteilt allen Frauen und Mädchen jeden Mittwoch von 5—7 Uhr abends Die Frauenkommission der S. P. D.

4. Damm 7 III, Zimmer 1.